

Yvonne Gebauer
Mitglied des Landtags von Nordrhein - Westfalen

Rhein-Kreis Neuss
Herrn Hans-Jürgen Petrauschke
Der Landrat
Oberstraße 91
41460 Neuss



10. 05. 13

Düsseldorf, 02. Mai 2013

7. 6. 13

Ihr Schreiben vom 04. April 2013
Umsetzung des Art. 24 der UN-Behindertenrechtskonvention

Sehr geehrter Herr Petrauschke,

vielen Dank für Ihr Schreiben zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Schulen. Herr Lindner hat Ihr Schreiben der Zuständigkeit halber an mich weitergeleitet.

Die FDP-Fraktion teilt Ihre qualitativen und finanziellen Sorgen bei der von Rot-Grün verfolgten Umsetzung der UN-Konvention in unseren Schulen. Die Landesregierung verweigert hartnäckig die Anerkennung einer Konnexität als Folge des Inklusionsprozesses. Wir fürchten, dass viele Schulträger mit den Herausforderungen überfordert sein werden. Daher hat die FDP-Fraktion die Landesregierung wiederholt aufgefordert, das Konnexitätsprinzip strikt einzuhalten. Wir werden einen solchen fairen und sachgemessenen Umgang mit den Schulträgern auch weiterhin von SPD und Grünen einfordern und sind überzeugt, dass eine erfolgreiche Gestaltung der Inklusion nur gemeinsam und nicht in einem Gegeneinander gelingen kann.

Der am vergangenen Mittwoch in den Landtag eingebrachte rot-grüne Gesetzentwurf wird aus liberaler Sicht den großen Herausforderungen der Inklusion nicht im Ansatz gerecht. Während die Landesregierung einerseits den Schulträgern eine umfassende Unterstützung und qualitative Vorgaben verweigert, werden andererseits vielfältige Möglichkeiten eröffnet, in großer Zahl Förderschulen zu schließen. Es zeichnet sich bereits gegenwärtig ab, dass die Verweigerung einer finanziellen Unterstützung der Kommunen diesen Prozess deutlich beschleunigen wird.

Yvonne Gebauer MdL
Sprecherin für Schule und Weiterbildung

Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T: 0211 | 884 - 4429
F: 0211 | 884- 3669

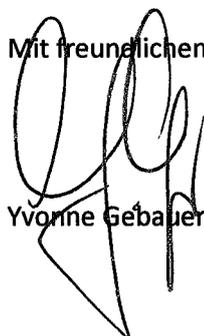
yvonne.gebauer@landtag.nrw.de
www.fdp-fraktion-nrw.de

Die FDP hingegen teilt Ihre Einschätzung, dass nicht für jedes Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf eine allgemeine Schule den bestmöglichen Förderort darstellt. Daher erachten auch wir es als unverzichtbar, dass zukünftig ein flächendeckendes Förderschulangebot gesichert wird, um den individuellen Bedürfnissen aller Kinder und Jugendlichen und den Elternwünschen entsprechen zu können.

Eine Umsetzung der Inklusion, die nicht genügend Rücksicht auf die notwendige Unterstützung der Pädagogen und der Kommunen nimmt, wird scheitern. Gesetzliche Maßnahmen, die die Qualität der Förderung, individuelle Bedürfnisse aller Schülerinnen und Schüler und die Wünsche der Eltern vollkommen unzureichend beachten, werden die Akzeptanz der Inklusion nachhaltig beschädigen.

Die FDP-Landtagsfraktion wird sich daher konsequent für gesetzliche und finanzielle Rahmenbedingungen einsetzen, um die Inklusion in einem kontinuierlichen Prozess bestmöglich auszugestalten.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, consisting of several loops and a long vertical stroke at the end.

Yvonne Gebauer MdL